

deutet die Mobilisierung der schöpferischen Arbeit von Zehntausenden aktiver Lehrer und breiter Bevölkerungskreise, die ihren Willen zu aufbauender Mitarbeit immer wieder bewiesen haben.“ Wer aber betreibt diese „Mobilisierung der schöpferischen Arbeit“? Die „an der Erziehung der Jugend mitwirkenden Faktoren“, wobei „das Ministerium für Volksbildung, die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, die entsprechenden Organe in den Bezirken und Kreisen, die pädagogischen Zentralinstitute und der Volk und Wissen Verlag wichtige Aufgaben zu lösen haben“. So sagt die Entschließung. Und die Betriebsparteiorganisation? Fällt ihr keine Aufgabe zu?

Man wird dagegen halten, daß es nicht Sache der Pädagogischen Konferenz sein kann, der Partei Aufgaben zu stellen. Das ist zweifellos richtig. Die Entschließung der Pädagogischen Konferenz ist aber doch nichts anderes als die Anwendung der Beschlüsse von Partei und Regierung zur Durchführung des neuen Kurses auf schulischem Gebiet. Es besteht also keine Veranlassung, die Rolle der Parteiorganisationen an den Schulen deshalb außer acht zu lassen.

Gewiß müssen die Beschlüsse der Partei und Regierung zum neuen Kurs nicht nur für das Ministerium für Volksbildung Anlaß sein, sofort und gründlich die Aufgaben an den Schulen daraus abzuleiten. Diese Aufgabe hat in ihrem Bereich die Partei auch. Es ist Aufgabe jeder Parteiorganisation an den Schulen, selbständig die Aktivität zu entwickeln, die notwendig ist, um der Schule bei der Durchführung des neuen Kurses voranzugehen. Diese Aufgabe hat die Parteiorganisation grundsätzlich für die Durchsetzung aller Gesetze und Verordnungen. Trotzdem kann dieses Argument die Kritik nicht abschwächen, daß bisher jede Berichterstattung über Erfahrungen der Parteiorganisationen bei der praktischen Durchführung dieser Aufgaben in der Zeitschrift „Die neue Schule“ fehlte. Das erweckt doch den Anschein, als gäbe es zwar Beschlüsse des Zentralkomitees über die Aufgaben der Schule und der Parteiorganisationen an den Schulen, aber keine Praxis der Partei an den Schulen. Wenn daher Direktoren und Lehrer ihre Erfahrungen und Methoden in der Zeitschrift „Die neue Schule“ austauschen, Verbesserungen Vorschlägen und theoretische Probleme für die Praxis erörtern, dann gehören hierher auch die Erfahrungen, die neuen Wege und die theoretischen Erkenntnisse der Parteiorganisationen an den Schulen.

Es ist zweifellos ein ernster Mangel, wenn sich dazu die Parteiorganisationen nicht selbst zu Wort gemeldet haben. Dieser Mangel muß schnellstens überwunden werden. „Die neue Schule“ kann dazu beitragen, indem sie die Parteiorganisationen zur Teilnahme an der Diskussion anregt und auffordert. Auch der Parteipresse kann der Vorwurf nicht erspart werden, diese Seite der Parteiarbeit bisher ungenügend beachtet zu haben.

#### **Womit sich die Parteiorganisation der Oberschule Borna auseinandersetzt**

Am Beispiel der Parteiorganisation der Oberschule Borna sei kurz gezeigt, wie hier versucht wird, den erwähnten Beschluß des Zentralkomitees zu verwirklichen. Als sich mit Beginn des Schuljahres 1952/53 an allen allgemeinbildenden Schulen die Pädagogischen Räte konstituierten, als an allen vollausgebauten Schulen stellvertretende Direktoren mit festumrissenen Aufgabengebieten eingesetzt wurden, als unsere Schule ab Dezember 1952

einen hauptamtlichen Sekretär für die FDJ-Schulgruppe erhielt und die einjährige Arbeit des Elternbeirates gezeigt hatte, daß die Hilfe und Anleitung durch die Partei unerlässlich ist, da erkannten die Genossen, daß mit dem alten Zustand der Parteiarbeit an der Schule Schluß gemacht werden mußte.

Bis dahin hatte sich das Parteileben an der Schule darin erschöpft, daß in den monatlichen Mitgliederversammlungen die gestellten Themen und Parteibeschlüsse behandelt und theoretische Fragen oft mit viel Wortaufwand zerredet wurden. Aber es kam nicht oder nur sehr selten zu praktischen Schlußfolgerungen über die Verbesserung der ideologischen und pädagogischen Arbeit an der Schule. Der Beschluß des Politbüros vom 29. Juli 1952 und die erwähnten Veränderungen in der Schulpraxis führten schließlich zur Verbesserung unserer Parteiarbeit.

Der erste notwendige Schritt war die harte und kämpferische Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen und anderen unwissenschaftlichen Anschauungen in der Betriebsparteiorganisation und im Pädagogischen Rat. Ein typisches Beispiel für die kämpferische Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als der wissenschaftlichen Grundlage der gesamten Unterrichts- und Erziehungsarbeit: Ein Genosse vertrat lange und hartnäckig den Standpunkt, daß ihm eine Krankheit zwar gerade noch gestatte, seinen vollen Unterricht zu halten, es ginge jedoch über seine Kraft, auch noch am Parteilehrjahr teilzunehmen. Schließlich sei es doch für die Gesellschaft wichtiger, wenn er voll unterrichte und dafür, um sich zu schonen, auf das Studium des Marxismus-Leninismus im Parteilehrjahr verzichte. Es gelang der Betriebsparteiorganisation, den Genossen davon zu überzeugen, daß eine derartige Unterschätzung des Studiums des Marxismus-Leninismus letzten Endes dazu führen müsse, daß er bald nicht mehr in der Lage sein werde, seinen „vollen“ Unterricht durchführen zu können. Er nimmt jetzt rege am Parteilehrjahr teil und dankt es uns, daß wir ihm geholfen haben, diesen wissenschaftsfeindlichen Standpunkt zu überwinden.

Ähnlich diskutierten zwei Kollegen Naturwissenschaftler. Sie vertraten die Ansicht, daß das Studium des Marxismus-Leninismus mehr eine Angelegenheit der Deutsch- und Geschichtslehrer sei und ihre Fachrichtung weniger angehe. Sie übersahen völlig, daß der dialektische Materialismus die wissenschaftliche Grundlage aller Wissenschaften (auch der Naturwissenschaften) ist und für uns Lehrer im besonderen die unerlässliche Grundlage der Pädagogik. Es gibt auch Kollegen, die außerordentlich bereit sind, wenn von ihnen eine zusätzliche Arbeit in ihrem Fach erwartet wird, die sich aber unter Aufbietung aller möglichen Entschuldigungen von gesellschaftlicher Arbeit fernzuhalten versuchen. So glaubte u. a. eine Kollegin für ihre Mitarbeit im Naturschutz des Kreises vom Kreisrat schriftlich die Freistellung „von jeder anderen gesellschaftlichen Betätigung“ verlangen zu können.

Das sind alles ideologische Unklarheiten, mit denen sich die Betriebsparteiorganisation und der Pädagogische Rat kämpferisch auseinandergesetzt haben. Das werden sie auch weiter tun. Solche kritischen Auseinandersetzungen festigen das Gesamtkollegium nicht nur ideologisch, sondern fördern in hohem Maße die Entwicklung zum Kollektiv. Die Erziehung unserer Schüler zu glühenden Patrioten ist nur möglich, wenn der Pädagogische Rat keinen ideologischen Auseinandersetzungen ausweicht, aus Furcht, sie könnten das Kollegium „auseinanderbringen“. Die Praxis hat das Gegenteil gezeigt. Seitdem unsere Be-